

**Für ein zukunftsfähiges und solidarisches
Brandenburg:**

Europapolitische Ansätze

Beschluss des Landesvorstandes vom 14. März 2009

Die Europäische Union als politische Handlungsebene des Landesverbandes stärker nutzen	3
Die Werte der Europäischen Union als deutsches Bundesland mitgestalten	6
Den Europäern mehr Mitentscheidungsmöglichkeiten geben	9
Die Zusammenarbeit in der „Ziemia Odrzańska“ und mit anderen Partnern in Ost-, Südost- und Mitteleuropa vertiefen	10
Innovative und kreative Ansätze bei der Nutzung von EU-Mitteln fördern	13
Die Rahmenbedingungen für eine andere Europapolitik in Brandenburg schaffen	14
Die Europafähigkeit des Landesverbandes unter Beweis stellen	16

I. Die Europäische Union als politische Handlungsebene des Landesverbandes stärker nutzen

Die europäische Integration ist in Brandenburg allgegenwärtig: Egal ob bei der Nutzung öffentlicher Dienstleistungen (ÖPNV, Wasser/Abwasser, Abfallbeseitigung u.a.m.), bei der Diskussion über die Reduzierung von CO₂-Emissionen oder der Vergabe von Verträgen durch die Kommunen, überall entscheidet „Europa“ mit. Nicht eine anonyme Institution, sondern die Europäische Kommission, das von den EU-Bürgern gewählte Europäische Parlament, der Europäische Rat und damit die Mitgliedsstaaten und deren Regionen, also auch das Land Brandenburg, vertreten im Bundesrat allein durch die Landesregierung. Europapolitik ist seit vielen Jahren keine außen- sondern eine innenpolitische Frage. Die Europäische Union bestimmt wesentliche Rahmenbedingungen für die Gestaltung der Landespolitik. Es sind also nicht die häufig gescholtene „Eurokraten in Brüssel“, welche allein in Haftung genommen werden müssen, wenn eine europäische Richtlinie in Deutschland nicht die erwartete Wirkung erbringt. Umgedreht wären viele Regelungen in Brandenburg heute nicht geltendes Recht, wenn sich Deutschland mit seinen Positionen auf europäischer Ebene durchgesetzt hätte, so z.B. im Bereich der Antidiskriminierung.



Für den Brandenburger Landesverband DIE LINKE ist die Europäische Union deshalb eine wichtige politische Handlungsebene, der in der Gesamtpolitik künftig ein größerer Stellenwert zugemessen werden muss. Sie sollte für uns ein Zukunftsthema sein!

Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik und der Neukonstituierung des Landes Brandenburg wurden zweieinhalb Millionen Brandenburger EU-Bürger, mit allen Rechten und Pflichten, die sich daraus für den Einzelnen wie auch für die öffentliche Verwaltung, für Unternehmen, Vereine und andere ergaben.

Die damalige PDS musste nicht nur ihren Platz innerhalb der Bundesrepublik, sondern auch in Europa und in der 1957 begründeten (west-)europäischen Staatengemeinschaft finden. Dabei konnte sie sich auf internationalistische Traditionen in ihrer Mitgliedschaft, auf manch frühere Beziehung von Partei- und Staatsorganen der DDR in die ehemaligen sozialistischen Staaten (aber auch nach Frankreich und in andere westeuropäische Länder), auf viele persönliche Beziehungen zu Linken in der Sowjetunion, in Tschechien, der Slowakei oder in Polen stützen.

Einen eigenen Platz in diesem neuen europäischen Koordinatensystem zu finden, war für die junge PDS nicht einfach. Nicht nur, weil sie in den neunziger Jahren ständig um ihre Existenz kämpfen musste. Bestehende (in erster Linie wirtschaftliche) Kontakte nach Osten und Südosten brachen nach der politischen Wende sehr schnell weg; frühere Beziehungen zu diesen Ländern waren – wie die Politik der sozialistischen Länder generell - unzähligen Versuchen der Delegitimierung eines sozialistischen Versuchs ausgesetzt. Zudem empfanden viele Linke die Europäische Union, wie die neue bundesrepublikanische Ordnung, eher als etwas Bedrohliches: EU stand für Schließung von Betrieben und Flächenstilllegungen im Osten, für eine scheinbar unübersehbare

Zahl an Beamten und bis ins Detail gehende Vorschriften – die Bestimmung der Krümmung einer Gurke durch die EU war Sinnbild einer scheinbar überbordenden EU-Bürokratie. Auf der anderen Seite erfuhren auch die Linken die Chancen, die die Staatengemeinschaft für Brandenburg und alle neuen Bundesländer brachte: eine umfassende Förderung von Investitionen durch die europäischen Strukturfonds, europäische Mittel für Qualifizierung und Arbeitsvermittlung im Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit, die Unterstützung des Natur- und Umweltschutzes, erhebliche Mittel für die Agrarproduktion und die Entwicklung des ländlichen Raumes, Reisefreiheit innerhalb der Mitgliedstaaten, Jugendaustausch, die Möglichkeit, in anderen westeuropäischen Ländern studieren zu können ... und nicht zuletzt gemeinsam an einer friedlichen Zukunft des Kontinents bauen zu können - nach zwei Weltkriegen und vielen regionalen Konflikten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Diese Ambivalenz widerspiegelte sich auch in den Landtagswahlprogrammen der Partei: Das erste erhob 1990 die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zu einer Grundforderung der Partei. Das Wahlprogramm 1994 setzte die Förderpolitik der Europäischen Union im Agrarbereich noch in Gänsefüßchen, forderte aber zugleich die stärkere Nutzung des Handlungsspielraums in der EU für eine eigenständige, an den Interessen der Menschen orientierte Entwicklung sowie mehr Einfluss des Landtages auf die Verwendung der EU-Fördermittel. 1999 richtete sich die Wahlprogrammatik erstmals auch nach Osten: Die Möglichkeiten des Landes als eine Brücke nach Mittel- und Osteuropa sollten umfassender genutzt werden.

Der Landesverband DIE LINKE. Brandenburg versteht sich heute als proeuropäisch. Er steht

- für die Vertiefung der europäischen Integration und eine enge Zusammenarbeit zwischen den Staaten und Völkern Europas,
- für eine Europäische Union, die dem Frieden verpflichtet ist – die EU hat eine hohe Verantwortung dafür, dass von europäischem Boden niemals mehr Krieg ausgeht,
- für eine Wirtschaftspolitik der EU, die den sozialen Fortschritt und den ökologischen Strukturwandel befördert, sowie eine Finanzpolitik, die sich weltweit dafür einsetzt, dass die Finanzmärkte einer strikten Kontrolle unterworfen werden,
- für eine politische Union, die dem Kampf für soziale, demokratische und ökologische Alternativen im europäischen Rahmen sowie auf nationalstaatlicher, regionaler und kommunaler Ebene ausreichend Raum bietet,
- für ein offenes und soziales Europa, in dem menschlicher und kultureller Reichtum zur Entfaltung kommt und von allen genutzt werden kann,
- für die Stärkung der demokratischen Strukturen der EU, vor allem für transparente Entscheidungsprozesse, mehr Entscheidungsrechte Bürgerinnen und Bürger auf europäischer Ebene und eine Stärkung des Europäischen Parlaments.

Europapolitisch waren die letzten Jahre stark von der Auseinandersetzung um den Entwurf einer Europäischen Verfassung und den EU-Reformvertrag („Vertrag von Lissabon“) geprägt gewesen. Die Ergebnisse der Referenden in Frankreich, den Niederlanden und nun auch in Irland verdeutlichen: Trotz ihrer mehrheitlichen Zustimmung zur Mitgliedschaft des eigenen Landes in der EU verbinden große Teile der Bevölkerung die Europäische Union mit vielerlei Ängsten und mit großer Unzufriedenheit: Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes und generell vor sozialem Abstieg, vor der Erweiterung der EU, vor der Arbeitnehmerfreizügigkeit, vor grenzüberschreitender Kriminalität und vor der Ungleichbehandlung kleiner und großer Mitgliedstaaten - Unzufriedenheit mit der Überregulierung der EU, mit ihrer inneren Verfasstheit, mit der Intransparenz von Entscheidungsprozessen und den begrenzten Möglichkeiten des Einzelnen, diese zu beeinflussen, und schließlich mit dem Agieren der eigenen Regierung auf europäischer Ebene. Die in der Bevölkerung vorhandene Euroskepsis wird durch Politikerinnen und

Politiker in den Mitgliedstaaten befördert, die nicht selten alles Gute ihrer eigenen Politik und alles Negative Brüssel zuordnen. Die Nichtlesbarkeit der zur Abstimmung stehenden Texte tat bei den Referenden ein Übriges.

Für alle Mitgliedstaaten gilt: Die Regierungen haben zu wenig getan, um den Bürgerinnen und Bürgern ihre europapolitischen Ansätze nahe zu bringen. Ein europaweites Referendum, für das sich die Europäische Linke eingesetzt hat, wäre eine Möglichkeit gewesen, mit vielen Menschen über die Ausrichtung der europäischen Politik, über Chancen, Probleme und Aufgaben ins Gespräch zu kommen. Diese Möglichkeit wurde von den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten bewusst ausgeschlagen. Die Art und Weise der Ratifizierung des EU-Reformvertrages unterstreicht die Hauptkritik der LINKEN: Die EU ist weiter vorrangig eine „Veranstaltung“ von Eliten.

Der luxemburgische Ministerpräsident Jean-Claude Juncker kommentierte das irische Referendum u.a. mit folgendem Gedanken: *„Es gibt einen Graben zwischen Politik und Bürgern. Aber der europäische Graben zwischen Politik und Bürgern ist nicht tiefer als in den einzelnen nationalen Staaten. Es ist die Konsequenz einer seit längerem anhaltenden politischen Systemkrise, die ich auch darauf zurückführe, dass wir es nicht fertig bringen, einen richtigen Diskurs zu führen.“* („Luxemburger Wort“ vom 19. Juni 2008)

Angesichts dessen verwundert es kaum, dass auch bei den Deutschen die Skepsis gegenüber der EU und dem Tempo der europäischen Integration groß ist. Obwohl immerhin 28% (+4 Pp) der Deutschen mit der EU Demokratie verbinden, glauben nach wie vor 56% (+1 Pp) der Deutschen eher nicht, dass ihre Stimme in der EU zählt. Ostdeutsche (69%, +3 Pp) sind dabei wie schon bei den vorherigen Befragungen skeptischer als Westdeutsche (53% +/-0 Pp). Nach einer Umfrage des Allensbach-Instituts vom Mai 2008 wurden hohe Zustimmungswerte für die Gestaltung gemeinsamer Politiken auf europäischer Ebene gemessen, so etwa bei der Kriminalitätsbekämpfung, der Umweltpolitik und der einheitlichen Kennzeichnung von Lebensmitteln (jeweils Werte von 90 Prozent und mehr).; nach dem Eurobarometer vom Herbst 2008 war insbesondere beim Thema „soziale Sicherheit“ ein erheblicher Zuwachs zu verzeichnen. Das Interesse an den Entscheidungen, die in Brüssel oder Straßburg fallen, ist dennoch nicht ausgeprägt: Nur 35 Prozent der deutschen Staatsbürger interessieren sich dafür, unter den unter 30jährigen sind es sogar nur 25 Prozent – Tendenz fallend!

Von der Schaffung eines **„Europas der Bürgerinnen und Bürger“** sind wir weit entfernt. Ob eine solche Gemeinschaft entstehen kann, wird maßgeblich davon abhängen, wie stark die europäische Zivilgesellschaft künftig ist, davon ob sich Bürgerinnen und Bürger in stärkerem Maße als heute für das, was in Brüssel oder Straßburg entschieden wird, interessieren und engagieren.

Dazu kann, dazu muss DIE LINKE.Brandenburg einen Beitrag leisten. Gemeinsam mit anderen Landesverbänden und zivilgesellschaftlichen Kräften, die die neoliberale Ausrichtung der EU ablehnen, müssen überzeugende Wege aus der heutigen Legitimationskrise der Europäischen Union hin zu einem sozialeren, demokratischeren, nachhaltig ausgerichteten und friedlichen Europa aufgezeigt werden. Dem proeuropäischen Anspruch der Partei folgend haben Landesvorstand und Landtagsfraktion, die Verbände und Fraktionen in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie alle Mitglieder eine große Verantwortung für die Schärfung des europapolitischen Profils unseres Landesverbandes.

Dieses Positionspapier umreißt wichtige Aufgaben für die nahe Zukunft. Wir nehmen die Brandenburger Europapolitik seit 1990 und die spezifischen europapolitischen Bedingungen in unserem Lande kritisch auf, verdeutlichen den engen Zusammenhang zwischen der Politik auf europäischer, nationaler und kommunaler Ebene. Wir verstehen dieses Papier als einen Beitrag zu den Programmdebatten in der deutschen LINKEN und der Europäischen Linkspartei.

Mit dem Blick auf die 2009 anstehenden Wahlen und die nachfolgende politische Arbeit im Europäischen Parlament, im Bundestag, im Landtag und auf kommunaler Ebene

sowie im außerparlamentarischen Raum benennen wir Ansätze für eine alternative Europapolitik, über die wir mit den Brandenburgern und mit unseren polnischen und tschechischen Nachbarn ins Gespräch kommen wollen.

Wir wollen die Chancen nutzen, die die Gemeinschaft von 27 Ländern uns bietet. Wir wollen unsere Zukunft in Europa mit anderen gemeinsam gestalten. Hier und heute!

Ein besseres Europa ist nicht einfach nur ein politischer Slogan. Ein besseres Europa muss mit den real existierenden Möglichkeiten erkämpft werden! Immer wieder neu!

II.

Die Werte der Europäischen Union als deutsches Bundesland mitgestalten

Brandenburgs Landes- und Kommunalpolitik muss „europäischer“ ausgerichtet werden. An die Stelle eines in vielerlei Hinsicht noch provinziellen Agierens politischer Akteure muss Internationalität treten. Brandenburger Sichten auf die europäische Integration und die Entwicklung der verschiedenen Politikbereiche müssen viel stärker in die Gestaltung der europäischen Gesetzgebung eingebracht werden. Landtag und Landesregierung sind gehalten, jene Spielräume besser zu nutzen, die die europäische Politik den Mitgliedstaaten und Regionen für eine eigenverantwortliche Politik einräumt. Ein solch neuer Ansatz könnte Lücken schließen, die zwischen der „großen“ Politik auf europäischer oder Bundesebene und den sozialen, ökologischen und anderen Interessen und Erwartungen der Brandenburgerinnen und Brandenburger klaffen.



DIE LINKE.Brandenburg wird sich in diesem Sinne einsetzen für

- **eine breite ehrlich, ernsthaft, differenziert, realistisch und offen geführte Debatte über die entscheidenden Fragen der Entwicklung der Europäischen Union und ganz Europas, über eine Vision für ein anderes Europa:** Diese Debatte darf sich nicht auf die Kritik an den gegenwärtigen Verträgen beschränken, sondern muss auch die positiven Aspekte aufgreifen und daran anknüpfend schlüssige Antworten auf die Frage geben, wie ein Europa mit mehr sozialer Gerechtigkeit und Solidarität, ein Europa, das sich für Frieden in der Welt und ein neues Entwicklungsmodell einsetzt, konkret geschaffen werden kann. Vor uns stehen Fragen wie sie in der Alternativen Berliner Erklärung „*Dialog braucht eine neue Qualität*“ formuliert wurden: Wie schaffen wir ein Europa der Bürgerinnen und Bürger, ein Europa der Demokratie und der Demokratien? Wie wird der tief greifende Demokratiemangel der EU überwunden und wie kann direkte Demokratie auf dieser Ebene funktionieren? Auf welche Weise können Grund- und Menschenrechte gesichert und erweitert werden? Was soll die EU überhaupt regeln, wie lässt sich Subsidiarität absichern? Wie können die EU-Institutionen reformiert werden? Diese Diskussion muss in einen neuen europäischen Verfassungsprozess und ein Verfassungswerk münden, über das alle Bürgerinnen und Bürger in der Union am selben Tag abstimmen können. Das Europäische Parlament als einziges von den Bürgerinnen und Bürgern der EU gewähltes Gremium muss die Initiative für diesen Verfassungsprozess ergreifen. Es sollte Vorschläge für die Art und Weise der Erarbeitung unterbreiten und damit die Grundlage für einen demokratischen Prozess legen, an dem alle in den EU-Mitgliedstaaten lebenden Menschen beteiligt sind;
- **einen höheren Stellenwert europapolitischer Fragestellungen und - Ansätze in der Landespolitik:** Die Gestaltung eines europäischen Sozialmodells, der Zu-

sammenhang zwischen wirtschaftlicher Effizienz und Sicherung der Daseinsvorsorge, die Demokratisierung der EU und ihrer Institutionen, europaweite Maßnahmen zum Schutz des Klimas, die interregionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit oder die Erweiterung der Zuständigkeit der EU unter Achtung des Subsidiaritätsprinzips gehören regelmäßig auf die Tagesordnungen des Landtages und seiner Ausschüsse. Vor dem Hintergrund eigener Transformationserfahrungen und enger Kontakte zu den neuen Mitgliedstaaten kann und muss Brandenburg sich stärker in europäische Diskussionen einbringen und so Einfluss auf europäische Entscheidungen nehmen. Insbesondere die Grün- und Weißbücher, mit denen die Europäische Kommission im Vorfeld des Gesetzgebungsprozesses Erfahrungen und Forderungen aus den Mitgliedstaaten zusammen trägt und bewertet, können genutzt werden, um Brandenburger Interessen zu artikulieren;

- **eine Europäische Strategie für Nachhaltigkeit, Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit.** Sie könnte einen makroökonomischen Rahmen für Entwicklung und Beschäftigung schaffen, in dem Nachfrage stimuliert und Arbeitslosigkeit reduziert werden, soziale Eingliederung und Qualität von Arbeit, der Kampf gegen Armut und Einkommensungerechtigkeit sowie wirksame Maßnahmen gegen den Klimawandel gefördert wird. Die Europäische Union braucht keine „Global-Europe-Strategie“, die vorrangig von den Interessen europäischer Großunternehmen bestimmt ist, keine einseitige Orientierung auf „Wettbewerbsfähigkeit“, "wirtschaftliche Strukturreformen" und „Unternehmergeist“.;
- **eine neue Sozialordnung in Europa:** Bei allen Entscheidungen auf europäischer Ebene und bei der Umsetzung von EU-Richtlinien in der Bundesrepublik müssen die Auswirkungen auf Beschäftigung, sozialen Zusammenhalt und Lebensqualität der Menschen angemessen berücksichtigt werden. Statt einseitig auf Deregulierung der Arbeitsmärkte („Flexicurity“) zu setzen, muss „GUTE ARBEIT“ zum übergreifenden Leitbild für die europäische Beschäftigungsstrategie werden. Damit verbunden wären gesicherte Arbeitnehmerrechte und Teilhabe, faire Löhne, Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit sowie eine familienfreundliche Arbeitsorganisation. Nach den Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs zu verschiedenen Vergabegesetzen gehört eine soziale Fortschrittsklausel in die europäischen Verträge;
- **den Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge:** Er muss insbesondere bei der anstehenden Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in nationales Recht an vorderster Stelle stehen. Dem Schutz öffentlicher Güter sowie dem diskriminierungsfreien Zugang aller zu den Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge – einschließlich Bildung, Kultur und Medien – sollte höchste Priorität einräumt werden. Ein gemeinsamer Binnenmarkt muss dort seine Grenzen finden, wo unterschiedliche Standards in einzelnen Mitgliedstaaten den Wettbewerb zwischen ihnen verfälschen. Anstelle einer weiteren Liberalisierung und Privatisierung von öffentlicher Daseinsvorsorge muss die Rekommunalisierung treten;
- **die Aufhebung bestehender Einschränkungen der Freizügigkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den Beitrittsstaaten:** Voraussetzung dafür sind gleiche Arbeitsbedingungen sowie gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Die Verschleppung der Einführung von Mindestlöhnen bzw. von Änderungen in der Entsenderichtlinie sind nicht hinnehmbar. Nachdem die deutsche Politik bereits viel Zeit verloren hat, will die Bundesregierung nun die Einschränkung einer der EU-Grundfreiheiten bis 2011 ausweiten. Dann wird es keine Verlängerung mehr geben – deshalb gehört zu den anstehenden Aufgaben auch in Brandenburg die Vorbereitung des Landes auf die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit – sie muss jetzt beginnen;
- **verstärkte Investitionen in Bildung:** Nur mit einer gut ausgebildeten Bevölkerung, die sich lebenslang qualifiziert, kann Europa zukünftig bestehen, kann Arbeitslosigkeit wie Diskriminierung wirksam bekämpft werden. Besonders für Millionen Jugendliche, die nach der Ausbildung keine Arbeit finden, müssen Perspektiven geschaffen werden. Internationaler Austausch muss in der Aus- und Weiterbil-

dung in Brandenburg zur Normalität werden. Mit Unterstützung und Förderung durch die EU können gezielt Anstrengungen unternommen werden, um Kenntnisse und Fähigkeiten des interkulturellen Zusammenlebens zu vermitteln, kulturelle Vielfalt kennen zu lernen und als Wert der Europäer zu leben;

- **die Erarbeitung von strukturellen Maßnahmen im Bereich der Vermittlung der niedersorbischen (wendischen) Sprache.** Die Lage dieser - durch europäische Abkommen besonders bedrohten - Sprache hat 2008 deutliche Kritik des Europarats erfahren, wobei Probleme angesprochen wurden, die seit 5 und mehr Jahren öffentlich diskutiert werden: Dazu gehört die Schaffung der erforderlichen Rahmenbedingungen für die Fortführung des Witaj-Projekts, vor allem in der Sekundarstufe I und II sowie die Ausbildung von Lehrern, die Niedersorbisch im Sprach- wie im Fachunterricht auf hohem sprachlichen Niveau vermitteln können. Von der Bundesrepublik und dem für Bildungs- und Kulturangelegenheiten zuständigen Land Brandenburg wurden „entschlossene Maßnahmen“ gefordert. Dem muss die Landespolitik endlich gerecht werden;
- **deutliche Akzentverschiebungen in Richtung einer nachhaltigen Politik:** Brandenburg muss sich in die laufenden europäischen Debatten im Bereich des Klimaschutzes, der Energiegewinnung und des Energieverbrauchs mit seinen spezifischen Erfahrungen einbringen. Als Energieland im Umbruch sollte das Land auf europäischer Ebene vor allem technologische Entwicklungen und Maßnahmen befördern bzw. unterstützen, die zur Effizienzsteigerung, Energieeinsparung und Verringerung der CO₂-Emissionen bei der Verbrennung von fossilen Brennstoffen führen können;
- **einen Beitrag der EU zur Minderung und Lösung globaler Probleme und für Frieden in Europa und der Welt:** Die europäische Integration soll auch weiterhin der Friedensstiftung in Europa dienen; sie bedarf deshalb keiner militärischen Komponente. Nicht die militärische Operationsfähigkeit der EU, sondern gezielte Maßnahmen zur allgemeinen Abrüstung und zur Entmilitarisierung müssen auf der Tagesordnung stehen. Die Neuordnung und Demokratisierung eines gerechten und fairen Welthandels, grundlegende Veränderungen im Bereich der Migrations- und Asylpolitik, die Demokratisierung internationaler Institutionen können Konflikte minimieren bzw. zu ihrer Lösung beitragen. Hier könnte DIE LINKE gerade in außerparlamentarischen Zusammenhängen Akzente setzen;
- **eine europäische Werte- und Kulturerziehung:** Über sie könnte europäische Identität gestärkt und die Aufgeschlossenheit gegenüber nationaler und ethnischer Einzigartigkeit gefördert werden. Europapolitischen Bildungsangeboten kommt dabei eine besondere Bedeutung zu - wir wollen nicht nur einen, sondern viele „Europa-Projektstage“ an unseren Schulen. Auch wenn ein Schulfach „Europa“ zunächst eine Vision bleibt: Europäische Kultur und Geschichte, vor allem die unseres Nachbarlandes Polen, und umfassende Kenntnisse über die Entstehung, die Gegenwart und die Zukunft der Europäischen Union müssen zum Grundwissen aller gehören, die eine Brandenburger Schule verlassen. In der Lehrerbildung sind dafür die Voraussetzungen zu schaffen. Durch den Ausbau der Mehrsprachigkeit könnten die Brandenburger nur gewinnen: andere Kulturen könnten als Bereicherung für das eigene Leben erfahren werden, die Chancen auf dem Arbeitsmarkt im In- und Ausland würden wachsen, der europäische politische Dialog könnte aktiv mitgestaltet werden.

In der europäischen Wertediskussion kann es nicht um ein Zurück vor die Phase verstärkter Integration in der Europäischen Gemeinschaft gehen. DIE LINKE sollte sich dabei an das erinnern, was Michael Schumann kurz vor seinem Tod unter der Überschrift „Die Linke und die Nation“ so fasste: *„Angesichts der zerstörerischen Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung geht es um die Antwort auf die Frage nach den politischen Formen und Institutionen, die garantieren können, dass elementare menschenrechtliche Ansprüche gegenüber den globalen wirtschaftlichen Akteuren durchsetzbar sind, nachdem die Einflussmöglichkeit nationalstaatlicher Politik im*

Schwinden begriffen ist. Der Blick muss sich richten auf die Bedingungen der Möglichkeit einer Weltbürgergesellschaft als Gegenmacht zu einer Welt»-Regierung« durch riesige und unkontrollierte wirtschaftliche Machtgruppen. Gegenüber dieser Herausforderung erscheint der Rekurs aufs Nationale bestenfalls als Donquichotterie.“

III. Den Europäern mehr Mitentscheidungsmöglichkeiten geben

Die Europäische Union braucht eine tief greifende Demokratisierung. Institutionen und Entscheidungsprozesse müssen demokratischer, transparenter, unbürokratischer werden. Die Menschen sollten europäische Politik auf der europäischen Ebene und in ihren Heimatländern stärker mitgestalten können. Der Wahrnehmung des Rechts, das Europäische Parlament zu wählen, kommt eine besondere Rolle zu. Es geht aber um mehr: Landes- wie Kommunalpolitik stehen in der Verantwortung, den Bürgern vorhandene Möglichkeiten der „Einmischung“ in europäische Entscheidungen nahe zu bringen und sich für erweiterte Partizipationsmöglichkeiten der Bürger in europäischen Angelegenheiten einzusetzen. Nur dann wird die EU legitimiert sein, Forderungen nach Demokratisierung des politischen und wirtschaftlichen Lebens weltweit zu erheben.



DIE LINKE.Brandenburg wird sich dafür einsetzen, dass

- **die Bürger in allen Mitgliedstaaten bei grundlegenden Änderungen der europäischen Verträge das entscheidende Wort sprechen.** Nur so kann die Entfremdung der EU-Bürger gegenüber europäischen Institutionen abgebaut und fehlenden Kenntnissen über die Möglichkeiten, aber auch über die gegenwärtigen Grenzen und Defizite der Gemeinschaft entgegengewirkt werden;
- alle, die in der EU leben, **einklagbare Rechte gegenüber den Organen der EU und der Mitgliedstaaten** erhalten. Das europäische Bürgerbegehren, mit dem Bürger Anliegen direkt an die Europäische Kommission herantragen können, eröffnet Möglichkeiten für den zivilgesellschaftlichen Dialog. Die Einbeziehung der Grundrechte-Charta in die EU-Rechtsordnung ist ein Schritt in die richtige Richtung. Auf der Agenda stehen jedoch vielfältige weitere Aufgaben, so z.B. im Bereich des Kampfes gegen Diskriminierung und für Gleichstellung der Geschlechter wie auch von ethnischen, kulturellen und sprachlichen Minderheiten;
- **die Organisationen der europäischen Zivilgesellschaft** stärker in die Vorbereitung von Entscheidungen auf europäischer Ebene einbezogen werden. Neben dem strukturierten Dialog mit der Zivilgesellschaft, der in Verantwortung der Europäischen Kommission organisiert wird, haben auch die Landesregierungen und Landtage in Deutschland die Aufgabe, europapolitische Diskussionsprozesse rechtzeitig zu führen bzw. zu befördern;
- **die Rechte des Europäischen Parlaments erweitert werden.** Das fehlende Initiativrecht des Parlaments und fehlende Mitentscheidungsrechte bei der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sind inakzeptabel. Die Arbeit des Europäischen Rates braucht mehr Transparenz. Die **nationalen und regionalen Parlamente** müssen im Prozess der Entstehung des europäischen Rechts eine gewichtigere Rolle spielen;
- **die europäische Öffentlichkeit** über europäische Vorhaben und Strukturen sowie über die Möglichkeiten, EU-Politik mitzugestalten, umfassender informiert wird. Dazu bedarf es einer spürbaren Qualifizierung des Verwaltungspersonals auf allen Ebenen, einer fachlich soliden, für die breite Öffentlichkeit verständlich aufbereite-

ten Information, die politisch umstrittenen Sachverhalten nicht ausweicht. Besonders wichtig ist dies für die Grenzregionen, wo Menschen unterschiedlicher Sprache, Kultur und Tradition für eine gemeinsame Zukunft in einer Region gewonnen werden müssen.

IV.

Die Zusammenarbeit in der „Ziemia Odrzańska“ und mit anderen Partnern in Ost-, Südost- und Mitteleuropa vertiefen

Brandenburgs Zukunftschancen sind in starkem Maße von seinem Charakter als Teil einer größeren, einer europäischen Region geprägt. Zu dieser deutsch-polnischen Wirtschafts- und Kulturregion – wir nennen sie „Ziemia Odrzańska“ - sollten neben Brandenburg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen die Woiwodschaften Lubuskie (Lebuser Land), Zachodniopomorskie (Westpommern), Wielkopolskie (Großpolen) und Dolnośląskie (Niederschlesien) gehören.

Wie andere Grenzregionen an der ehemaligen EU-Außengrenze steht auch die an Oder und Neiße vor großen Herausforderungen: Hier geht es nicht nur um den Ausgleich wirtschaftlicher Strukturunterschiede, sondern auch darum, sozialen Verwerfungen entgegenzuwirken und umweltverträgliche regionale Verkehrsinfrastrukturen, verkehrsvermeidende Raumordnung und Siedlungsstrukturen zu gestalten. Die Herausbildung zweisprachiger Räume, die Menschen auch kulturell miteinander verbinden, ist eine zentrale Aufgabe. Aus den Grenzregionen heraus muss eine gemeinsame Interessenpolitik gegenüber den Mitgliedstaaten und der EU vertreten werden. Hier in den Grenzregionen entscheidet sich nicht nur, ob das „alte“ und das „neue“ Europa wirklich zusammenwachsen, sondern auch wie Brandenburgs Zukunft aussehen wird.

Die Ziemia Odrzańska wird wesentliche Kraft aus den Wachstumszentren Berlin, Szczecin, Poznań, Wrocław und Dresden ziehen, ihre Potenziale liegen aber auch in kleineren Zentren wie Frankfurt oder Zielona Góra und im ländlichen Raum. Damit der Mehrwert von grenzüberschreitender Zusammenarbeit umfassend zum Tragen kommt, bedarf es einer neuen Qualität der Zusammenarbeit, der Erweiterung um neue Felder, einer stärkeren Beteiligung der Parlamente sowie einer stärkeren Koordinierung mit anderen Formen der grenzüberschreitenden, interregionalen und transnationalen Zusammenarbeit. Mit der Initiative für die „Oder-Partnerschaft“ wurde 2006 ein wichtiger Schritt getan.

DIE LINKE.Brandenburg wird sich einsetzen für

- **den Auf- bzw. Ausbau umfassender und stabiler Arbeitsbeziehungen der Landesregierung und aller Ressorts zu den westpolnischen Woiwodschaften:** Administrative, industrielle und Servicepotenziale innerhalb der Region müssen besser vernetzt werden. Unter Mitwirkung der Parlamente der Länder bzw. Woiwodschaften sollte in den nächsten Jahren ein ständiges Diskussionsforum „Ziemia Odrzańska“ gebildet werden;
- **eine Wirtschaftspolitik, die in einen gemeinsamen Wirtschaftsstandort mündet:** Sie muss qualitative Verflechtungsbeziehungen der Unternehmen mit Anreizen versehen und Billiglohn-Strategien wirksam bekämpfen. Zentral ist die Erarbeitung von strategischen Win-Win-Situationen mit nachhaltiger Wirkung für die Entwicklung der Region – so wird deutlich, dass Kooperation mehr bringt als Konkurrenz. Die Bemühungen um ein gemeinsames Standortmarketing, um länderübergreifende Informations-, Analyse- und Serviceangebote sowie die Unterstützung



von technologieorientierten Wirtschaftszweigen und Netzwerken zwischen Innovationszentren sind fortzusetzen;

- **gezielte Maßnahmen zur grenzüberschreitenden Integration des Arbeitsmarktes**, insbesondere zur Qualifizierung von Deutschen und Polen für die Arbeit in der Region: Durch die gemeinsame Ausbildung könnten für junge Menschen auf beiden Seiten der Grenze nicht nur Zukunftschancen in der Region gesichert, sondern auch interkulturelle Kompetenz vermittelt werden;
- **Veränderungen in der Bildungspolitik des Landes**: Zentrale Aufgabe ist hierbei die deutliche Erweiterung der Möglichkeiten zum Erlernen der polnischen Sprache, und zwar in allen Landesteilen. Deutsch-polnische Schulprojekte und auch Polnisch an Europaschulen müssen aus- und nicht abgebaut werden. Notwendig dafür sind mehr Polnisch-Lehrer, die Intensivierung des Austauschs von Schülern und Lehrkräften und die Anpassung der Lehrpläne. Aber auch die Kenntnisse über die Geschichte und Gegenwart unseres Nachbarlandes müssen in Brandenburgs Schulen eine größere Rolle spielen – in der Schule werden wichtige Grundlage für ein auch in Zukunft friedliches und solidarisches Zusammenleben von Deutschen und Polen an dieser so sensiblen Grenze gelegt;
- **einen gemeinsamen Forschungs- und Innovationsraum**: Gebraucht wird ein tragfähiges Netzwerk von Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen, das die Entwicklung gemeinsamer Angebote koordiniert, im Dialog mit der Wirtschaft und anderen Einrichtungen Antworten auf neue Qualifikationsbedarfe entwickelt, den Forschungsstandort und Ausbildungsangebote regional und international bewirbt. Für die Hochschulen ermöglichen Ausbildungskooperationen die gegenseitige Erschließung des Bildungsmarktes, insbesondere im Bereich von weiterführenden, spezialisierten Abschlüssen;
- **eine stärkere Vernetzung im Gesundheitswesen und bei sozialen Dienstleistungen**: Bei Krankenhäusern und Kureinrichtungen, bei ambulanten und stationären Pflegediensten, im Rettungswesen und beim Katastrophenschutz gibt es schon heute zahlreiche Ansatzpunkte, die ausgebaut und qualitativ verbessert werden können;
- **eine verbesserte Verkehrsinfrastruktur**: Verkehrsplanung und -entwicklung müssen geprägt sein von Verkehrsvermeidung und -reduzierung durch Regionalisierung der Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensbedingungen. Fester Bestandteil des grenzüberschreitenden Verkehrs sollten kleinteilige, flexible Lösungen für den öffentlichen Nahverkehr sein. Um den wachsenden Verkehrsströmen entgegenzuwirken, sind gemeinsame regionale Planungen für die Verkehrsinfrastruktur und ihre überregionalen Anbindung auf den Weg zu bringen. Umgesteuert werden muss bei den Schienenwegen. Insbesondere betrifft dies die Verbindungen von Berlin nach Szczecin und Wrocław sowie die Strecke Berlin-Frankfurt/Oder; der Ausbau der Eisenbahnstrecke Berlin – Kostrzyn und darüber hinaus gehört auf die Agenda;
- **die gemeinsame Erschließung der kulturellen und natürlichen Potenziale der Region im Sinne eines Erlebnisraumes Oder-Neiße**: Vermittlung und sinnliches Erfahren von polnischer und deutscher Geschichte, Kunst und Literatur sowie der natürlichen Schönheiten können einen Beitrag zur Herausbildung einer regionalen Identität leisten, die nationale Identitäten bereichert;
- **eine größere Selbständigkeit der Euroregionen**. Auf den Erfahrungen von mehr als eineinhalb Jahrzehnten erfolgreicher deutsch-polnischer kommunaler Zusammenarbeit aufbauend sollen die Euroregionen im Ergebnis der notwendigen Funktionalreform Aufgaben übernehmen, die heute von Ministerien oder nachgeordneten Einrichtungen wahrgenommen werden. Vor allem aber muss endlich Schluss sein mit einer Politik der Entmündigung der Euroregionen durch die Ministerialbürokratie. In den Euroregionen wissen deutsche und polnische Akteure am besten, welche Probleme man wie bewältigen kann.

Darüber hinaus muss Brandenburg auch stärker seine Potentiale in anderen Ländern Ost-, Südost- und Mitteleuropas nutzen, in erster Linie in den Staaten, die 2004 Mitglied der Europäischen Union geworden sind. Noch kann an frühere Erfahrungen angeknüpft werden, können fachliche, sprachliche und kulturelle Beziehungen und Kenntnisse reaktiviert und wieder ausgebaut werden. In diesem Bereich geht es vor allem auch um eine stärkere Verzahnung von Aktivitäten aus Politik, Wirtschaft und Kultur sowie der Zivilgesellschaft, natürlich in enger Gemeinsamkeit mit Berlin.

DIE LINKE.Brandenburg wird sich einsetzen für

- ***die Stärkung der Region Berlin-Brandenburg als Standort für Ost-West-Zusammenarbeit***, insbesondere als Treffpunkt von Ost und West (Messen, Kongresse, Hauptstadt-Konferenzen, Kulturveranstaltungen etc.), als Ausgangsort für die Erschließung der Märkte in diesen Ländern durch westeuropäische, amerikanische, asiatische Unternehmen sowie westeuropäischer Märkte durch Unternehmen aus Mittel- und Osteuropa, die Qualifizierung des Standorts (Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsbereitschaft) durch zuwandernde Menschen und Unternehmen aus Mittel-, Südost- und Osteuropa;
- ***die Sensibilisierung kleiner und mittelständischer Unternehmen für die wirtschaftlichen Chancen*** nach der EU-Erweiterung und deren gezielte Vorbereitung auf den europäischen Markt bzw. die Sicherung ihrer Positionen auf diesem Markt: Hierbei sollen Kooperationen unterstützt werden, die sich in dauerhaften Kontakten, Strukturen und Austauschformen mit möglichst umfangreichen Multiplikatoreneffekten niederschlagen und die dauerhafte Auswirkungen auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Sicherung von Arbeitsplätzen in unserer Region und in den Partnerländern haben. Angesichts der Eigenkapitalsituation vieler KMU sollte ein Bürgschaftssystem zur Kreditvorfinanzierung (Exportkreditversicherung) eingeführt werden;
- ***die zügige Verbesserung der Infrastrukturanbindung an die neuen Mitgliedstaaten*** (Straße, Schiene, Wasserstraßen, Flugverkehr): Gemeinsam mit Regionen und Kommunen im östlichen Teil Europas muss bei den Entscheidungsträgern auf nationaler und besonders auf europäischer Ebene stärker Lobbyarbeit geleistet werden;
- ***die Einrichtung von Vertretungen (bzw. die Einsetzung von Vertretern) des Landes bzw. der Region in bestimmten Teilen Ost-, Südost- und Mitteleuropas***: Angesichts zunehmender wirtschaftspolitischer Verflechtungen mit Osteuropa könnte so ein Beitrag zur Markterschließung und generell zum Ausbau der Zusammenarbeit geleistet werden.

Für die Entwicklung stabiler, dem Land Brandenburg und den Partnern in Mittel-, Ost- und Südosteuropa gleichermaßen nutzenden Beziehungen gibt es eine Grundbedingung: Politik und Verwaltung müssen sie wirklich wollen und im Alltag „leben“. Feiertagsreden des Ministerpräsidenten erfüllen nur dann ihren Zweck, wenn sie im politischen Handeln der Mitglieder des Landtages und der Landesregierung sowie in der Zusammenarbeit der zuständigen Beamten und Mitarbeiter der Landesverwaltung mit Partnern in Polen, Rumänien oder anderen Ländern umgesetzt werden. Jeden Tag neu.

V.
**Innovative und kreative Ansätze
bei der Nutzung von EU-Mitteln fördern**

Brandenburg hat erheblich von der Europäischen Regional- und Strukturpolitik partizipiert. Mit europäischer Unterstützung entstanden Infrastrukturprojekte, wurden wirtschaftliche Ansiedlungen und Kooperationen gefördert, Arbeitslose qualifiziert und wieder in Arbeit gebracht, der ländliche Raum entwickelt, Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen auf den Weg gebracht und eine häufig kleinteilige grenzüberschreitende Zusammenarbeit an Oder und Neiße organisiert. Davon, welche Schwerpunkte Brandenburg beim Einsatz der europäischen Fördermittel künftig setzt und wie deren Nutzung organisiert ist, wird maßgeblich abhängen, ob das Land den Entwicklungsrückstand zum europäischen Durchschnitt - 2006 waren das im Vergleich zur EU 27 (100%) 80,7 % - weiter abbauen kann. Die Spielräume für eine Landesstrategie sind nicht nur gegeben, die EU verbindet ihre Förderung von strukturschwachen Regionen mit dieser Forderung. Welche Rahmenbedingungen dafür vorhanden sein werden, wird unmittelbar nach der Landtagswahl 2009 die europäische Diskussion bestimmen, wenn es die Überprüfung der mittelfristigen EU-Finanzplanung sowie der Brandenburger Operationellen Programme (EU-Förderprogramme) ansteht.



DIE LINKE.Brandenburg wird darauf hinwirken, dass

- **die europäische Regional- und Strukturpolitik weiterhin auf den Abbau der beträchtlichen Entwicklungsunterschiede in der EU gerichtet ist und vom Prinzip der Solidarität der Stärkeren mit den Schwächeren getragen ist:** Die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten war einer der Pfeiler, auf denen die Europäische Union vor rd. 50 Jahren gegründet wurde. In der nunmehr auf 27 Mitglieder erweiterten EU bedarf es großer Anstrengungen, um den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und eine harmonische Entwicklung der Gemeinschaft in diesem Sinne zu erhalten. Zudem verändern schon heute neue Erfordernisse beim Klimaschutz, der Energiesicherheit und der sozialen Integration sowie beim demographischen Wandel die EU-Regionalpolitik. Deshalb muss eine der Grundforderungen Brandenburgs in der angemessenen finanziellen Ausstattung der Regional- und Strukturpolitik, darunter der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, bestehen. Wenn sich die Mitgliedstaaten durchsetzen, die ihren Anteil am EU-Haushalt erheblich reduzieren wollen, hätte das unweigerlich gravierende Folgen für Brandenburg, das im europäischen Maßstab nicht mehr zu den strukturschwachen Gebieten gehört. Bei der Förderwürdigkeit einer Region sollten stärker solche Faktoren berücksichtigt werden wie Nachhaltigkeit der Entwicklung, Arbeitslosigkeit, Stand der Gleichstellung der Geschlechter, Niveau von Armut und sozialer Ausgrenzung, Dichte der Industrie, Niveau des Umweltschutzes, Zahl der Ausbildungsplätze, Forschungs- und Entwicklungspotenzial, Angebote an öffentlichen Dienstleistungen wie ÖPNV, Post, Energie, Wasser und Abwasserversorgung;
- **Maßnahmen in den Brandenburger Operationellen Programmen** für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und den Europäischen Sozialfonds (ESF) **sowie im Entwicklungsplan für den ländlichen Raum (EPLR) stärker verzahnt werden.** Wir werben weiter dafür, dass
 - ▶ angemessen ausgestattete Regionalfonds geschaffen werden, über die eine abgestimmte Beschäftigungs-, Unternehmens-, Investitions- und Regionalförderung erfolgt;

- ▶ im Rahmen einer nachhaltigen Stadtentwicklung u.a. auch die Förderung der Neuerrichtung von Wohnraum möglich wird, soweit hoher Bedarf nachgewiesen ist, Doppelstädten in der Grenzregion die Möglichkeiten der Kreuzfinanzierung für die nachhaltige Stadtentwicklung eröffnet wird und stärker die Möglichkeiten mehrerer Strukturfonds für die Verbesserung der Lebensqualität in den Kommunen genutzt werden;
- ▶ Programme für die Entwicklung von Hochschulstandorten und der Wissenschaftslandschaft als Verbindung von klassischer Investition und wissensbezogener Beschäftigung aufgelegt werden,
- ▶ der Einsatz der EPLR-Mittel mit der Förderung der klein- und mittelständischen Unternehmen im ländlichen Raum gekoppelt wird;
- die Operationellen Programme vor allem der **Schaffung von dauerhaften Arbeitsplätzen** dienen. Angesichts eines weiter hohen Sockels an Dauerarbeitslosen braucht das Land neben der Wirtschaftsförderung einen entsprechend finanzierten Sektor öffentlicher Beschäftigung;
- in stärkerem Maße **neue Finanzierungsinstrumente** eingeführt werden. In Ergänzung zu Zuschüssen, Zuweisungen, Bürgschaften, Garantien u.a. sollen revolving-Fonds, d.h. der Übergang zu bedingt rückzahlbarer Darlehensfinanzierung, eine größere Rolle spielen, vorrangig im Bereich der allgemeinen Wirtschaftsförderung und der regionalen Förderung. Die zurückfließenden Mittel dieser Fonds könnten die geringer werdenden Haushaltsmittel wirksam ergänzen;
- die nationale Kofinanzierung für die EU-Mittel stets gesichert ist und der Landtag in die **effiziente und ordnungsgemäße Durchführung der Operationellen Programme** umfassend einbezogen ist. Wir werden deshalb weiter für die Mitgliedschaft von Mitgliedern des Landtages in den Begleitausschüssen streiten;
- die **Kompatibilität der deutsch-polnischen Ziel-3-Programme wie auch des Operationellen Programms für die EFRE-Mittel** und der zu entwickelnden Gesamtstrategie für die deutsch-polnische Wirtschafts- und Kulturregion „Ziemia Odrzańska“ geprüft wird;
- im Rahmen der Evaluierung der EU-Strukturfonds zur Mitte der Förderperiode **ein integriertes Förderkonzept für die Entwicklung des Landes bis 2013** vorgelegt wird. Neben der grenzüberschreitenden Kooperation sind zu berücksichtigen: der Zusammenhang zwischen Wirtschafts- und Regionalentwicklung, die Sicherung öffentlicher Daseinsvorsorge, die Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze - besonders im Zusammenhang von Wissenschafts- und Technologiepolitik, die Gewährleistung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Sicherung der Entwicklung des ländlichen Raumes einschließlich der ländlichen Primärproduktion;
- **Landesregierung und Landtag gemeinsam an den Konzepten arbeiten, mit denen Brandenburg noch stärker** von der Unterstützung der Europäischen Union partizipieren kann. Schwerpunkt sollte dabei u.a. die Schaffung von Rahmenbedingungen für die Nutzung von europäischen Mitteln außerhalb der Strukturfonds sein, die in großer Zahl und Vielfalt für die 2007-2013 abgerufen werden können.

VI.
**Die Rahmenbedingungen
für eine andere Europapolitik in Brandenburg schaffen**

Brandenburg braucht eine europapolitische Offensive, um die Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige und solidarische Landespolitik zu schaffen. Europapolitik darf nicht mehr nur die Sache einzelner Spezialisten in der Staatskanzlei und den Ministerien sein – der Landtag, die Landesregierung, die Landesverwaltung, öffentliche Einrichtungen, vor allem Schulen sowie andere Bildungs- und Kultureinrichtungen müssen die europäische Idee in die Breite der brandenburgischen Gesellschaft tragen. Allein die Aneinanderreihung von europapolitischen Events bringt keine nachhaltige Wirkung. Notwendig ist eine politische Strategie des Landes. Um die Chancen unserer an Oder und Neiße gelegenen Region in Europa besser nutzen zu können, sollten Landtag und Landesregierung in enger Abstimmung mit den polnischen Nachbarn ein „Europapolitisches Programm für ein zukunftsfähiges und solidarisches Brandenburg“ erarbeiten und umsetzen.



DIE LINKE.Brandenburg wird sich dafür einsetzen, dass

- Landtag, Landesregierung und Landesverwaltung sich auf die Anforderungen einstellen, die sich aus der **Verflechtung zwischen der europäischen Politik und der Landes- und Kommunalpolitik** hier im Lande ergeben. Im Wettbewerb der Regionen sind ein europapolitisch engagierter Landtag und eine europapolitisch hochqualifizierte Verwaltung wichtige Voraussetzungen. Beide sollten dafür finanziell wie institutionell besser ausgestattet werden;
- **der Landtag „fit für Europa“ wird.** Die Fachausschüsse des Parlaments müssen die europapolitische Dimension von landespolitischen Fragen angemessen in ihrer Arbeit berücksichtigen. Der Landtag sollte als Partner im Europäischen Subsidiaritätsnetzwerk des Ausschusses der Regionen Brandenburger Interessen frühzeitig in europäische Entscheidungsprozesse einbringen. In der Landtagsverwaltung sind dafür die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen; dazu gehören neben personellen Bedingungen u.a. Weiterbildungsangebote für Abgeordnete sowie für die Mitarbeiter der Fraktionen und der Verwaltung;
- **Partnerschaftsbeziehungen zwischen den regionalen Parlamenten im Bereich der Oder-Partnerschaft** aufgenommen werden; die Fachausschüsse sollten die gemeinsam zu lösenden Probleme bestimmen und deren Lösung zügig, vor allem mit ihren Partnern im Sejmik der Woiwodschaft Lubuskie, auf den Weg bringen;
- die Landesregierung den Landtag **unverzüglich und vollständig über alle Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union unterrichtet**, die für Brandenburg von herausragender Bedeutung sind und wesentliche Landesinteressen unmittelbar berühren. Dem Parlament ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben; die Landesregierung ist gehalten, diese Stellungnahmen in ihrer Entscheidungsfindung zu europapolitischen Angelegenheiten zu berücksichtigen. Um in Brandenburg endlich die von der Landesverfassung geforderte Normalität herzustellen, sind ein eigener Gesetzentwurf für ein Landtagsinformationsgesetz und auch der Weg zum Landesverfassungsgericht zu prüfen. Es muss endlich Schluss damit sein, dass dem Landtag durch die Regierung Informationen verweigert werden, ohne die eine wirksame Kontrolle und Mitwirkung seiner Politik in europäischen Angelegenheiten nicht möglich ist.
- der Landtag **konkrete Vorschläge zur Erhöhung der Europafähigkeit der Landesverwaltung** unterbreitet. Dabei geht es in erster Linie um Personalentwick-

lungskonzepte, die der Europakompetenz von Bediensteten den angemessenen Stellenwert zumessen, die Förderung von Entsendungen zu europäischen Institutionen sowie die Sicherung des Wiedereinsatzes in der Landesverwaltung, die Berücksichtigung der Europakompetenz (einschließlich Sprach- und interkultureller Kompetenz) bei der Besetzung von Führungspositionen ab Referatsleiterebene, eine systematische Fortbildung für Führungskräfte, die Entwicklung von Fortbildungsmaßnahmen in allen Ressorts („lebenslanges Lernen“), fremdsprachliche Fortbildungsangebote, insbesondere auch in Bezug auf Polnisch und die Sprachen anderer neuer Mitgliedstaaten. Brandenburg sollte dabei stärker auf die Erfahrungen des rot-roten Senats in Berlin zurückgreifen;

- **die kommunalen Spitzenverbände durch die Landesregierung in die Entscheidungsfindung zu europapolitischen Fragen einbezogen werden und die Europafähigkeit der Kommunen weiter gestärkt wird.** EU-Politik ist nicht nur Sache der Regierung! Die Bemühungen der kommunalen Gebietskörperschaften zur Erhöhung ihrer Europafähigkeit sollten seitens der Landesregierung durch geeignete Maßnahmen, insbesondere im Bereich der Aus-, Weiter- und Fortbildung, unterstützt werden;
- die Europaabteilung der **Staatskanzlei zur Stabsstelle in allen wesentlichen europapolitischen Fragen wird.** Hier sollten die europapolitischen Informationen aus den Ressorts zusammenfließen, hier müssen sie gebündelt und koordiniert werden, hier sind die Leitlinien für das abgestimmte europapolitische Agieren der Regierung und der Ministerien zu formulieren;
- **die Vertretung des Landes Brandenburg bei der Europäischen Union gestärkt wird.** Dabei geht es insbesondere um die Ausweitung der Möglichkeiten für eine Abordnung von Mitarbeitern zur Landesvertretung, die erweiterte Nutzung der Vertretung als Basis für die Weiterbildung und Motivierung von Verwaltungsmitarbeitern auf europapolitischem Gebiet, die Verstärkung der Information des Landtages, der Landes- und Kommunalverwaltungen sowie der Euroregionen über europäische Entscheidungsprozesse, den Ausbau von Praktikumsmöglichkeiten für Studierende und Absolventen aus Brandenburger Hochschulen;
- **das Land Brandenburg in Warschau und in Zielona Góra mit Repräsentanten vertreten ist,** die den tagtäglichen Kontakt zu den polnischen Regierungsstellen und den Selbstverwaltungsorganen halten, und in Brandenburg entsprechende Voraussetzungen für Vertreter der Partner-Woiwodschaften geschaffen werden, soweit sie dies wünschen.

VII.

Die Europafähigkeit des Landesverbandes unter Beweis stellen

DIE LINKE steht und handelt in der Tradition eines Europas, das über viele Generationen hinweg für die Überwindung nationalstaatlichen Vormachtstrebens, kriegerischer Auseinandersetzungen und nationaler Überheblichkeiten, für Gleichberechtigung, Verständigung und kulturelle Vielfalt stand und

steht. Als Teil der europäischen Linken wird DIE LINKE.Brandenburg deshalb auch in Zukunft ihre Vorstellungen für ein friedliches, soziales, demokratisches und nachhaltig ausgerichtetes Europa offensiv vertreten und systematisch weiterentwickeln. Landesverband, Landtagsfraktion, kommunale Mandatsträger, Kreis- und Ortsverbände, Zusammenschlüsse und Basisorganisationen müssen die Möglichkeiten der EU stärker in ihrer Arbeit berücksichtigen. Von besonderer Bedeutung sind die Verankerung in den zivilgesellschaftlichen Strukturen in Deutschland sowie enge Kontakte und Abstimmungen mit linken Kräften in den europäischen Nachbarstaaten. Die Europäische Linke ist für uns dabei wichtiger



Raum zur Erarbeitung, Diskussion und Umsetzung von Alternativen für die Entwicklung Europas und der europäischen Integration.

DIE LINKE.Brandenburg

- unterstreicht die Bedeutung der **Gemeinsamen Wahlplattform der Europäischen Linken**, mit der über 400.000 Mitglieder in den Europawahlkampf gehen werden. Mit ihr wurde ein Grundstein für die Arbeit einer „Gemeinsamen Fraktion der Linken“ im Europäischen Parlament gelegt. Wir setzen weiter auf die Zusammenarbeit und die politische Kompetenz von linken Kräften über die Europäische Linke hinaus, mit denen wir die erfolgreiche Arbeit in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) fortsetzen wollen;
- beteiligt sich an der **Ausgestaltung, Initiierung und Unterstützung von internationalen linken Netzwerken und Diskussionsforen**. Unser Ziel ist es, den Meinungs- und Erfahrungsaustausch zu befördern, gemeinsame politische Ansätze zu erarbeiten, Aktionen und Aktivitäten zu koordinieren. Das Spektrum der Beziehungen reicht dabei von politischen Parteien, mit denen DIE LINKE zu einzelnen Themen zusammenarbeitet oder den Informationsaustausch pflegt, bis hin zu Organisationen, mit denen sie feste Partnerschaften eingeht und intensiv zusammenarbeitet;
- betrachtet die Kooperation von linken Parteien und Verbänden aus Deutschland, Tschechien, der Slowakei, Polen und Frankreich im Rahmen des **Ständigen Forums der Europäischen Linken der Regionen (SFEL-R)** als wichtige Basis für den weiteren Ausbau der Zusammenarbeit von Linken in Europa und in der Region. Die Umsetzung des 2006 unterzeichneten Rahmenvertrages ist fester Bestandteil der europapolitischen Arbeit des Landesverbandes;
- wird die **Zusammenarbeit mit den Linken in den europäischen Nachbarstaaten** auch im Rahmen der Kooperation der Landtagsfraktion mit Partnern in polnischen und tschechischen Regionalparlamenten weiterentwickeln;
- wird Maßnahmen ergreifen, um die **Kooperation von Kreis-, Amts- und Gemeindeverbänden sowie des Landesverbandes mit linken Kräften in den Nachbar-Woiwodschaften** zu stabilisieren bzw. aufzubauen;
- entwickelt die **Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft weiter**: Der EU-Reformvertrag, die Gestaltung der Oder-Partnerschaft, die Vorbereitung auf die Arbeitnehmerfreizügigkeit, die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie, die Arbeitszeit-Richtlinie sowie andere die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern betreffende Projekte verlangen eine enge Abstimmung mit dem DGB Berlin-Brandenburg. Auch die Kompetenz von sozialen, demokratie-, friedens-, europapolitischen und globalisierungskritischen Netzwerken bzw. Initiativen, von Vereinen, Verbänden, Freundschaftsgesellschaften u.a. sollte genutzt werden, um Brandenburg gemeinsam „europäischer“ zu machen;
- will die **Wahl zum Europäischen Parlament am 7. Juni 2009** für die Europäische Linke erfolgreich gestalten und leistet einen Beitrag dazu, dass wir erneut in einer linken Fraktion des Europäischen Parlaments vertreten sind. Wir wollen europapolitische Fragestellungen stärker im Landesverband diskutieren und unsere alternativen Ansätze für eine Vertiefung der europäischen Integration, für ein anderes Europa stärker öffentlich machen. Die Landtagsfraktion trägt hierbei eine besondere Verantwortung. Im Rahmen der Wahlkreisarbeit werden europapolitische Themen für die Abgeordneten einen hohen Stellenwert haben, die europäische Ebene soll als wichtiger politischer Handlungsraum für eine friedliche, soziale, ökologische und demokratische Erneuerung des Kontinents vermittelt werden;
- wird Vorschläge dafür erarbeiten, wie die europapolitischen Ansätze der LINKEN, das Agieren der Gemeinsamen Fraktion der Linken im Europäischen Parlament und ihres Brandenburger Mitglieds **stärker in die Öffentlichkeit** gebracht werden können.